

Andreas Kirchgeßner
Stockfeldstr.1
77866 Rheinau-Freistett
Tel.: 07844 – 911 819
(tagsüber auf Arbeit: 0721 – 933 49 30)
email: solylibertad@web.de

23.8.2009

An die
IG Metall Offenburg
Okenstraße 1c
77652 Offenburg

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

besten Dank für die Zusendung der Ergebnisse Eurer Arbeitnehmer/innen-Befragung
„Gemeinsam für ein gutes Leben“
und „Konkret – Jetzt muß die Politik Farbe bekennen“
dazu eine Stellungnahme abgeben zu dürfen.

Hier nun meine Antworten.

Zu 1:

Die Rente erst ab 67 ist faktisch eine Rentenkürzung. Viele Menschen werden aus gesundheitlichen Gründen nicht so lange durchhalten können. Sie müssen dann in eine Rente mit hohen Abschlägen gehen oder sich bei einer Erwerbslosigkeit mit prekären Jobs oder Hartz IV-Bezug bis zum höheren Rentenalter hangeln. Dies wird zu vermehrter Altersarmut führen. Die Rente ab 67 wird somit soziale Verwerfungen hervorbringen. Gleichzeitig ist sie aber nicht geeignet, die Finanzierungsbasis der gesetzlichen Rentenversicherung nachhaltig zu verbessern. Auch liegt das faktische Renteneintrittsalter von durchschnittlich 63 Jahren noch weit von den heute geltenden 65 Jahren entfernt.

DIE LINKE lehnt grundsätzlich die Rente erst ab 67 ab und fordert stattdessen flexible Ausstiegsmöglichkeiten vor dem 65. Lebensjahr. Wir wollen eine Fortführung der Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit und einen verbesserten und abschlagsfreien Zugang zu Erwerbsminderungsrenten, damit Menschen sozial verträglich in den Ruhestand gehen können.

Fazit: Die Überprüfungsklausel – hier als Zitat wiedergegeben „Die Bundesregierung hat den gesetzgebenden Körperschaften vom Jahre 2010 an alle vier Jahre über die Entwicklung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu berichten und eine Einschätzung darüber abzugeben, ob die Anhebung der Regelaltersgrenze unter Berücksichtigung der Entwicklung der Arbeitsmarktlage sowie der wirtschaftlichen und sozialen Situation älterer Arbeitnehmer weiterhin vertretbar erscheint und die getroffenen gesetzlichen Regelungen bestehen bleiben können.“ werden wir von Der Linken, und damit auch meine Person auf jeden Fall nutzen, um das Gesetz nicht wirken zu lassen.

Zu 2:

Erpressung der Beschäftigten beenden: **Kündigungsschutz ausweiten und Hartz IV abschaffen.**

Hartz IV ist Armut und Ausgrenzung per Gesetz. Der Regelsatz von 359 Euro im Monat ist zu niedrig. Millionen Betroffene können damit nicht mehr am gesellschaftlichen und sozialen Leben teilhaben.

Besonders häufig trifft es Menschen ohne Ausbildung, alleinerziehende Mütter und ältere Arbeitssuchende. Älteren Erwerbslosen, die keine realistische Aussicht auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt haben, droht ein massiver sozialer Absturz. **Hartz IV bedeutet den Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung und mittelbar einen Angriff auf Tarifverträge.**

Hartz IV zwingt Menschen durch die Maxime „Jede Arbeit ist zumutbar“ in den Niedriglohnsektor. Damit subventioniert der Staat ausbeuterische Arbeitgeber, die schlechte Löhne zahlen – fast 1,2 Millionen Menschen beziehen Hartz IV, weil ihr Lohn nicht zum Leben reicht. Hartz IV ist ein sozialpolitischer Holzweg – er drängt Menschen in Ein-Euro-Jobs, statt ihnen eine berufliche Perspektive zu eröffnen.

Die Anhebung des Hartz IV-Regelsatzes auf 500 Euro in der nächsten Wahlperiode. Perspektivisch setzen wir auf die Einführung einer bedarfsdeckenden und sanktionsfreien Mindestsicherung. Die unwürdige Behandlung von erwerbslosen Menschen muss an vielen Punkten beendet werden: Die Sanktionen müssen abgeschafft, die Bedarfsgemeinschaft durch ein individuelles Recht (auf Basis der gesetzlichen Unterhaltspflichten) überwunden werden. Zwangsumzüge und Schnüffeleien im Privatleben lehnen wir ab.

Die Arbeitslosenversicherung hat für DIE LINKE die Aufgabe, im Fall der Arbeitslosigkeit den Lebensstandard abzusichern. Wenn das Arbeitslosengeld I länger gezahlt wird, haben Erwerbslose auch länger Zeit, sich nach einer guten Arbeit umzusehen. Sie sind nicht gezwungen, das erstbeste Angebot anzunehmen. Wer gute Arbeit will, darf beim Arbeitslosengeld nicht sparen. **DIE LINKE fordert längere Bezugszeiten beim Arbeitslosengeld I. Gleichzeitig müssen für Menschen, die nur kurze Beitragszeiten aufweisen, Mindestansprüche definiert werden. Das bedeutet: Für Erwerbslose, die weniger als zwei Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, sollen wieder die Regelungen vor den Hartz-Gesetzen gelten. Wenn innerhalb der letzten drei Jahre zwei Jahre Beiträge abgeführt wurden, sollen unter 55jährige ein Jahr Arbeitslosengeld I bekommen. Menschen mit Behinderungen und über 55jährige erhalten zwei Jahre Arbeitslosengeld I. Über 60jährige wiederum beziehen 30 Monate Arbeitslosengeld I. Für jedes weitere Beitragsjahr verlängert sich der Anspruch auf Arbeitslosengeld I um einen Monat.**

Kurz und knapp: Ich werde mich für eine Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I und einer Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze stark machen!

Zu 3:

Verteilung von Einkommen und Vermögen gerechter gestalten: deutlich höherer Anteil der Löhne am Volkseinkommen und gerechte Steuerpolitik, welche die Vermögenseinkommen, große Erbschaften und Finanzgeschäfte wesentlich stärker belastet als bisher; Millionärssteuer für die Bewältigung der Krisenlasten;

Wirtschaft demokratisieren: Belegschaften an den großen Unternehmen beteiligen; staatliche Hilfen nur im Tausch gegen entsprechende Eigentumsanteile der öffentlichen Hand und Belegschaften vergeben; Verstaatlichungen oder Teilverstaatlichungen mit demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung verbinden; Verbot von Massenentlassungen bei Unternehmen, die nicht insolvenzgefährdet sind; paritätische Mitbestimmung in allen Betrieben ab 100 Beschäftigten; Wirtschaftsverbrechen und Korruption entschieden bekämpfen;

die Einkommensteuer sozial und gerecht reformieren: Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zum Grundprinzip machen; das Steuerrecht einfach und transparent gestalten; Personen und Familien mit niedrigen und durchschnittlichen Einkommen entlasten und Steuerpflichtige mit hohen und sehr hohen Einkommen stärker heranziehen;

- den Grundfreibetrag auf 9.300 Euro erhöhen, so dass mehr als 12.000 Euro brutto im Jahr steuerfrei bleiben;
- Kapitalerträge wie Zinsen und Dividenden zum persönlichen Steuersatz versteuern statt mit einer Pauschalsteuer von 25%;
- **den Spitzensteuersatz auf 53% anheben;**
- **die Steuerbelastung bis zum Spitzensteuersatz von 53% linear ansteigen lassen (Eintrittspunkt 65.000 Euro); dieser Tarifverlauf führt dazu, dass diejenigen, die weniger als 70.245 Euro im Jahr zu versteuern haben, entlastet werden; diejenigen, die mehr haben, werden belastet;**
- das Ehegattensplitting abschaffen: individuelle Besteuerung einführen, tatsächliche Betreuungs- und Pflegeleistungen sowie das Zusammenleben mit Kindern steuerlich fördern;
- den steuerlichen Betriebsausgabenabzug für Geschäftsführungs-, Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen auf das 20fache des Lohnes eines Facharbeiters bei Vollzeitbeschäftigung in der untersten Lohngruppe begrenzen;

Die Vermögenssteuer als Millionärssteuer wieder einführen: Privatvermögen von über einer Million Euro mit mindestens fünf Prozent besteuern; die Finanzmärkte regulieren: eine Börsenumsatzsteuer einführen; Kapitalerträge und Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren unabhängig von der Haltedauer zusammen mit anderen Einkünften zum persönlichen Einkommenssteuersatz versteuern, den Sparerfreibetrag beibehalten und Steueroasen austrocknen; die Senkung der Körperschaftssteuer von 25% auf 15% zurücknehmen und die Bemessungsgrundlage verbreitern;

Kurz und bündig: Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Umverteilung von unten nach oben gestoppt wird und große Vermögen weit umfassender als bisher zu sozialen und gesellschaftspolitischen Verantwortungen in die Pflicht genommen werden.

Zu 4:

Wichtige Ziele in meinem Engagement bei der Linken sind:

Einfallstore für Niedriglöhne schließen: gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer, für Beschäftigte in Ost und West; keine sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen;

Sozialversicherungspflicht für jede geleistete Arbeitsstunde; Schutz der beruflichen Qualifikation bei Arbeitslosigkeit; **Leiharbeit strikt begrenzen und durch gleiche Arbeitsbedingungen und gleichen Lohn zuzüglich einer Flexibilitätsvergütung zurückdrängen; maximale Ausleihdauer auf sechs Monate bei Mitbestimmung der Betriebsräte begrenzen; befristete Beschäftigung bei Leiharbeitsfirmen und den Einsatz als Streikbrecherin und Streikbrecher verbieten; durch klare gesetzliche Definitionen sowie wirksame Kontrollen und Sanktionen sicherstellen, dass Unternehmen keine Beschäftigten in Scheinselbstständigkeit drängen bzw. Arbeitsplätze in scheinselbstständige Erwerbstätigkeiten umwandeln.**

Den Kündigungsschutz ausweiten und die Einführung eines Mindestlohns von 10,- Euro brutto/Stunde.

Zu 5:

DIE LINKE will eine umfassende Bildung für alle – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Die Schaffung von flächendeckenden Gemeinschaftsschulen ist hierbei von zentraler Bedeutung. DIE LINKE macht sich stark für längeres gemeinsames Lernen mit individueller Förderung, für flächendeckende Ganztagschulen, bundesweite Förderprogramme für eine bessere sozialpädagogische Unterstützung und eine Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen. Notwendig sind kleinere Klassen und mehr Lehrerinnen und Lehrer. Bildung darf nicht den Bedürfnissen der Unternehmen unterworfen werden, sondern muss sich an den Lernbedürfnissen der Menschen orientieren. Berufswahl und Berufsausbildung können aus unserer Sicht nur erfolgreich sein, wenn bereits zu Schulzeiten eine differenzierte Berufs- und Studienberatung vorangeht. Um die Bildungsmisere zu beheben, muss das Bildungssystem in Deutschland grundlegend reformiert werden.

Die Linke, und damit auch meine Person, setzt sich für die Sicherung einer guten Berufsausbildung ein. Hierzu gehört, eine Ausbildungsumlage im dualen System einzuführen, Ausbildungsentgelte grundsätzlich tariflich zu vereinbaren, außer- und überbetriebliche Ausbildungen mit betrieblichen gleichzustellen, den Jugendarbeitsschutz auszubauen und die Jugendvertretungen zu stärken. Hierzu gehört auch eine klare gesetzliche Abgrenzung von Arbeits- und Lernverhältnissen. Berufseinstiege sind über reguläre Arbeitsverträge zu sichern und Praktika mit mindestens 300,- Euro im Monat zu vergüten.

In der Hoffnung Euch hiermit auf Eure Anfragen ausreichende und klare Antworten gegeben zu haben,

verbleibe ich
mit kollegialen Grüßen

Andreas Kirchgeßner

Die Linke – Direktkandidat im Wahlkreis 284 – Offenburg
Ver.di Mitglied und Vorsitzender des DGB Ortsverbandes Kehl-Hanauerland